

Globalisierung ist ein altes Phänomen; bereits im 18. Jahrhundert gab es Ansätze zu einer stärkeren Verflechtung der internationalen Märkte, so Harold James, einer der führenden Wirtschaftshistoriker unserer Zeit, der deshalb auch von dem Trugschluss warnt, Merkur, der Gott des Handels, habe Mars, den Gott des Krieges, ins Exil geschickt. Nicht wenige Phasen intensiver Globalisierung seien durch Kriege beendet worden.

Harold James

## Krieg und Frieden in Zeiten der Globalisierung

Wie schlecht in Sicherheitsfragen das Verhältnis zwischen den nun wirklich entgegengesetzt zu nennenden Seiten des Atlantik auch sein mag oder wie umstritten der Wert des chinesischen Renminbi und des japanischen Yen quer über den Pazifik, so begegnen wir doch häufig der Hoffnung, dass die Stärke und die Komplexität der wirtschaftlichen Wechselbeziehung – Produkte der Globalisierung – groß genug sind, um als Gegengewicht zu den politischen Spannungen zu wirken. Tatsächlich ist ein wesentlicher Grund dafür, dass in modernen Konflikten die Kontrahenten glauben, sich rhetorische Entgleisungen leisten zu können, in dem Gefühl der Interdependenz zu suchen, in der Überzeugung, dass ein ganz übler Ausgang ja nicht mehr möglich ist. Entwickelte Demokratien führen nicht Krieg gegeneinander, da sie zuviel zu verlieren haben<sup>1</sup>. Merkur, der Gott des Handels, hat es fertiggebracht, Mars, den Gott des Krieges, ins Exil zu schicken. Wir wähen uns mit diesem Argument und seinen Implikationen auf sicherem Boden – vielleicht sind wir uns aber zu sicher.

In der Vergangenheit hat es Perioden gegeben, in denen sich viele Kommentatoren angesichts der wachsenden Prosperität zu ähnlichen Urteilen haben hinreißen lassen, wie etwa Mitte des 19. Jahrhunderts vor dem Krimkrieg oder im frühen 20. Jahrhundert. In seiner „Apologia pro vita sua“ (1864) bedient sich beispielsweise John Henry Newman der Popularität dieses Standpunktes, um Versuche zu verurteilen, die darauf abzielen, „Mittel zu finden, die ungestüme, eigenwillige menschliche Natur in ihrem Voranschreiten anzuhalten und ihr Zügel anzulegen“: „Noch vor zehn Jahren gab es eine Hoffnung, dass Kriege, unter dem Einfluss des Handelsverkehrs und der Herrschaft der nützlichen schönen Künste, für immer aufhören werden; wird aber heute noch jemand sagen wollen, dass es irgendwo auf dieser Erde irgend etwas gibt,

<sup>1</sup> Zum „demokratischen Frieden“ gibt es eine umfangreiche Literatur, die eine ursprünglich von Kant ausgesprochene Idee aufgreift. Siehe Michael Doyle, Kant, Liberal Legacies and Foreign Affairs, in: *Philosophy and Public Affairs* 12 (1983), S. 205–235 u. S. 323–353; ders., Liberalism and World Politics, in: *American Political Science Review* 1986, S. 1151–1169. Ferner Bruce Russett, *Grasping the Democratic Peace: Principles for a Post-Cold War World*, Princeton 1993.

das uns als Hebel dienen könnte, die Welt an ihrer Vorwärtsbewegung zu hindern?<sup>2</sup>

Wo liegt der Ursprung des Trugschlusses, den Newman entdeckte? Träfe es zu, dass die Wirtschaft bestimmt, wie politische und Sicherheitsbeziehungen funktionieren, müsste offensichtlich zwischen den größeren Industriestaaten Harmonie herrschen. Wir würden in eine Art „post histoire“ im Sinne Fukuyamas gleiten. Jene Harmonie wird denn auch häufig im „Globalisierungsparadigma“ beschworen. Viele Menschen, besonders diejenigen, die mit der Welt der Geschäfte zu tun haben, heben immer wieder hervor, dass die Länder der Erde aufs engste miteinander verbunden und politische Grenzen wie politische Beweggründe für die Geschäftslogik irrelevant seien. Ungeachtet der politischen Friktionen seit dem 11. September und dem Krieg im Irak sei ein wachsender Fluss von Geld und Investitionen zu verzeichnen, sei die wirtschaftliche Verflechtung eher größer als geringer geworden. Viele Menschen, die in der Gedankenwelt der Globalisierung leben, möchten diese ökonomische Interpretation und die Tatsache der interdependenten Prosperität zum Baustein für bessere internationale Beziehungen machen.

Ist jedoch Globalisierung das einzige Stück, das gespielt wird? Die wichtigste Alternative zum Globalisierungsdenken sieht in der wirtschaftlichen Verflechtung die Ursache unfairer Vorteile, die internationalen Beziehungen seien auf Ausbeutung gegründet. Eine naheliegende Bezeichnung hierfür lautet „Imperialismus“, ein Begriff, der gewöhnlich in kritischer Absicht gebraucht wird<sup>3</sup>.

Aus dem Zusammenprall dieser Interpretationsmodelle resultieren die Reaktionen auf die entscheidenden ökonomischen Fragen unserer Tage. Jede Wirtschaftsordnung ist auf Regelsysteme angewiesen, die den Rahmen für Verträge bilden; das gilt für die internationale Ebene so gut wie für die nationalen Angelegenheiten. Globalisierung braucht ebenfalls Regeln, auch wenn ihre Kritiker sie als bloßen Ausdruck von Machtverhältnissen verstehen. Die wesentlichen Debatten betreffen das Welthandelssystem, die Regelung von „corporate governance“, das heißt der rechtlichen und institutionellen Rahmenbedingungen, die unmittelbar oder mittelbar Einfluss auf den Unternehmenserfolg haben, sowie die globale monetäre Ordnung. Dies alles ist seit kurzem höchst umstritten.

Nehmen wir zuerst das Handelssystem: Im Weltbild der Globalisierer sind Handelskriege destruktiv und gefährlich. Globalisierer sind erleichtert, wenn Staaten schließlich doch vor Konfrontationen zurückweichen, wie jüngst beim Disput über die amerikanischen Stahlzölle. Sie glauben, internationale wirtschaftliche Institutionen seien dazu da, Regeln und Prozeduren durchzusetzen, mit denen die Eskalation selbsterstörerischer Reaktionen auf innenpolitische Pressionen verhindert werden soll. So half die Wahrscheinlichkeit einer Welthandelsorganisa-

<sup>2</sup> Wilfrid Ward (Hrsg.), *Newman's Apologia pro vita sua*, London 1913, S. 336 f.

<sup>3</sup> Zum generalisierten Gebrauch vom „Imperium“ und „Imperialismus“ als ein Weg zum Verständnis der modernen Welt vgl. das „Kulturbuch“ Michael Hardt/Toni Negri, *Empire*, Cambridge 2000.

tions-Anordnung den Vereinigten Staaten, eine bessere Politik zu finden und auf die einseitige Einführung des Zolls zu verzichten.

Nach dem „Imperialismus“-Modell schaffen Handelsbeziehungen ein ungleiches System von Dominanzen und Abhängigkeiten, bestimmt die Politik Handelsgesetze und die Muster des Handelsverkehrs. Aggressive Handelspolitik kann als Instrument von Politik genutzt werden und neue Möglichkeiten für die Behauptung von Macht und die Steigerung wirtschaftlicher Potenz eröffnen.

Die Festsetzung der Regelungen der „Corporate Governance“ galt bis vor kurzem ausschließlich als Domäne nationaler Regierungen. In den letzten zehn Jahren ist jedoch ein systematischer Versuch unternommen worden, internationale Institutionen in solche Fragen einzubinden. Zum Teil liegt dies daran, dass der rechtliche Rahmen moderner Volkswirtschaften außerordentlich komplex ist und es daher für nationale Regierungen eine unnötig komplizierte Aufgabe wäre, all die erforderlichen Regeln von Grund auf auszuarbeiten. In der Praxis haben viele Staaten, die nach dem Kollaps des Kommunismus zur Marktwirtschaft übergingen, fast ausnahmslos die Rechtssysteme der Europäischen Gemeinschaft (beziehungsweise der EU) oder der Vereinigten Staaten übernommen.

Auch bei Fragen des Handelsrechts und bei Problemen der finanziellen Stabilität gibt es offensichtliche Überschneidungen zwischen nationalen Regierungen und internationalen Organisationen. Nach der asiatischen Krise von 1997/98 haben internationale Institutionen und die Regierung der USA bei ihrer Analyse vor allem auch Misswirtschaft oder „Vettern-Kapitalismus“ als Gründe für die Krisen der asiatischen Wirtschaften ausgemacht. Danach hatte Vettern-Kapitalismus zu Fehlinvestitionen in unproduktive Projekte und zu heiklen moralischen Problemen geführt. Internationale Finanziere und Investoren hatten sich angewöhnt, ihr Geld vorzugsweise an solche Kreditnehmer zu verleihen, die über gute politische Beziehungen verfügten und für deren Schulden mithin implizite die Regierung bürgte. Jedes Reformprogramm erforderte daher ein Aufbrechen von Korruptionstrukturen und die Einrichtung von Mechanismen, die größere Unternehmenstransparenz gewährleisteten. Bei der 4. Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation in Doha in Katar im Jahre 2001 war deshalb eine der umstrittensten Fragen die Festsetzung von Regeln für Investitionen, die in den Augen von Entwicklungsländern oft als Mittel zur Schaffung einseitiger Vorteile für kapalexportierende Industrieländer und Interessengruppen galten. Die harte Haltung, die in dieser Frage (der so genannten Singapur-Frage) Japan und die EU einnahmen, war weitgehend für den Zusammenbruch des Cancun-Ministertreffens der Welthandelsorganisation verantwortlich.

Bei der Analyse von „governance“ ist es schwierig, dieses Engagement für generelle Regeln von der Frage des Eigennutzes zu trennen; das gilt für die Diskussion von Investitionsproblemen, die mit Handel zusammenhängen, ebenso wie für das Niederreißen von „Vettern-Kapitalismus“. Dessen Kritiker haben darauf hingewiesen, dass bessere Transparenz des einheimischen Finanzsystems in der Praxis die Öffnung für große amerikanische und europäische Institute bedeutete. Amerikanische Banken gewannen dominante Positionen in Mexiko und Korea, spanische Banken in Südamerika. Nachdem es freilich zu großen Unternehmens-

skandalen in den USA und anderen großen Industrieländern gekommen war, erschien ein guter Teil der 1997/98 an Asien adressierten Predigten als pure Heuchelei, die leicht als Bemäntelungen egoistischer Interessen und der Ausdehnung der eigenen Macht verstanden werden konnten.

Bleibe drittens die internationale monetäre Ordnung: Nach Ansicht der Globalisierer braucht die internationale Wirtschaft, um funktionieren zu können, ein stabiles System monetärer Regeln, das unterschiedliche Formen annehmen kann. Nach dem Zusammenbruch in der Zwischenkriegszeit und im Zweiten Weltkrieg wurde die monetäre Weltordnung auf der Basis fester Wechselkurse und eingeschränkter Kapitalmobilität aufgebaut. Die moderne Globalisierung entwickelte sich auf der Grundlage flexibler Wechselkurse zwischen den größeren Industrieländern und bei Kapitalmobilität. Beide Systeme sind in sich konsistent und robust. Diejenigen, die mit Blick auf die Weltwirtschaft von Imperialismus sprechen, sehen hinter diesen Regeln viele Tücken lauern. Sowohl das System von Bretton Woods – die erste Nachkriegsordnung mit festen Wechselkursen – wie die moderne internationale Wirtschaft hätten den Vereinigten Staaten eine privilegierte Position verschafft, ein – in General de Gaulles denkwürdiger Formulierung – „exorbitantes Privileg“. Der Dollar fungierte in beiden Systemen als Leitwährung, was zur Folge gehabt habe, dass die USA ihren zivilen Verbrauch und zugleich ihre militärische Expansion mit anderer Leute Geld finanzieren konnten.

Wer die Vereinigten Staaten mit Argwohn betrachtet, wendet daher sehr viel Zeit und intellektuelle Energie auf, um neue monetäre Ordnungen zu entwerfen und Institutionen zu planen, mit denen den amerikanischen Ränken begegnet werden soll. Insbesondere in der langen Geschichte der europäischen monetären Integration ist etwas am Werke gewesen, das Wirtschaftspsychologen „Dollarmeid“ nennen könnten. Viele europäische Währungen – besonders im wichtigen Falle der DM – sind so angelegt, dass die politische Instrumentalisierung der Währung erschwert ist. Die DM gehorchte einer restriktiven Vision vom rechten Zwecke einer Währung, und dies wurde auf den Euro übertragen. Im Gegensatz dazu schien der Dollar eine „can-do“-Währung zu sein, die immer wieder in den Dienst der Politik gestellt wurde. Der Werner-Plan von 1970, der erste konkrete Plan für eine europäische Wirtschafts- und Währungsunion, wurde konzipiert, als das System von Bretton Woods in seine letzte Krise eintrat<sup>4</sup>, das spätere europäische monetäre System entstand zum Teil als Produkt der Vorstellung, Jimmy Carter missbrauche das System, und in den neunziger Jahren schlugen die Verfechter der Europäischen Währungsunion manchmal – aber keineswegs immer – sogar einen anti-amerikanischen Ton an.

„Globalisierung“ ist nicht immer populär, ihre Geschichte kennt Schwankungen und Rückschläge, die sich zum Teil aus der ihr inhärenten politischen und sozialen Psychologie ergeben; besonders wirksam sind Ressentiments, wie sie Veränderungen im Einkommen und im Wohlstand mit sich bringen.

<sup>4</sup> Vgl. auch Harold James, Rambouillet, 15. November 1975. Die Globalisierung der Wirtschaft, München 1997.

Das späte 20. Jahrhundert sah dennoch weithin den Sieg der Globalisierer: Das hatte zur Folge, dass sie sich der Stärke und der Widerstandskraft, die dem System innewohnen, sehr sicher wurden. Analysen, wie sie etwa Joseph Schumpeter gab, begannen dagegen recht altmodisch zu wirken. Aus der Perspektive der Mitte des 20. Jahrhunderts hatte er einerseits die kreativen Leistungen einer liberalen kapitalistischen Weltordnung gefeiert, auf der anderen Seite aber die Prognose gestellt, dass die Ressentiments, die das System entstehen lasse, seinen Zusammenbruch herbeiführen werden. Der Protest gegen die Globalisierung, den die neunziger Jahre erlebten, war zwar weit verbreitet, jedoch – wie selbst seine militanten Vertreter erkannten – intellektuell widerspruchsvoll und diffus. Die rationaleren Gegner der Globalisierung betonten daher stets, dass es ihnen nur um eine bessere oder gerechtere Globalisierung zu tun sei, mehr um eine Vereinigung der Menschen als um einen Zusammenschluss kapitalistischer Interessen. Indes setzten sowohl die Verfechter wie die Kritiker der Globalisierung zu großes Vertrauen in die Stabilität der global integrierten Wirtschaft.

Zu den wärmenden Decken, unter denen moderne Menschen gerne Schutz suchen, gehört die Vorstellung, dass es nur eine große weltweite Depression gegeben habe, die durch ein so merkwürdiges Zusammenwirken von Faktoren verursacht worden sei, dass sie als einmalig gelten dürfe: Da war die Hinterlassenschaft des Ersten Weltkriegs, zu der in finanzieller Hinsicht die Reparationen und die Kriegsschulden gehörten; da war das chaotische Bankensystem der größten Wirtschaft der Welt, der Vereinigten Staaten; und da war die mangelnde Erfahrung im Umgang mit Problemen monetärer Politik, in einer Welt, die noch immer nach Metallgeld lechzte. Weil diese Umstände einzigartig gewesen seien, könnten sie sich nicht wiederholen. Historiker sollten hier warnen; eine solche Argumentation kann völlig falsch sein.

Ein beträchtlicher Teil der auf historische Kenntnisse gestützten Literatur zur Globalisierung macht darauf aufmerksam, dass es schon in früheren Zeiten Perioden mit zunehmender weltweiter Integration gegeben hat, die unterbrochen wurden und sich in einen Gegenteilstrend verwandelten – mit schmerzhaften Konsequenzen. Der uns vertrauteste Präzedenzfall einer modernen Globalisierung ist die Entwicklung im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert, der die Große Depression der Zwischenkriegszeit ein definitives Ende setzte. Doch kennt die Geschichte auch frühere Beispiele: das römische Imperium, den ökonomischen Aufschwung im späten 15. und frühen 16. Jahrhundert – der den ökonomischen Hintergrund der Renaissance bildete – oder das 18. Jahrhundert, als verbesserte Technologie und bessere Kommunikationsmöglichkeiten den Weg zu globalen Reichen – für Großbritannien und Frankreich – öffneten.

Alle diese früheren Globalisierungsepisoden nahmen ein Ende, und zwar fast immer mit Kriegen. Schlechte Politik vermag offensichtlich einzelne Wirtschaften auf vielfältige Weise zu ruinieren; der Kollaps eines Systems aber ist das Ergebnis militärischer Konflikte. Globalisierung als wirtschaftliches Phänomen braucht die Grenzen überschreitende Bewegung von Waren, Arbeitskräften und Kapital. Alle diese Formen von Mobilität steigern aber Besorgnisse, die sich aus Sicherheitsbedürfnissen ergeben. Handel kann Abhängigkeiten von Importen stiften, die zu



strategischer Verwundbarkeit führen, und eines der ältesten Argumente für die Protektion der Landwirtschaft lautet, dass es notwendig sei, im Falle eines Krieges zur Selbstversorgung imstande zu sein. Der Fluss von Arbeitskräften wiederum kann Spione und Saboteure begünstigen. So wurde zum Beispiel im Ersten Weltkrieg Großbritannien von Panik erfasst, weil so viele Deutsche in Londoner Restaurants beschäftigt waren. Ferner ist auch die Kontrolle von Kapital oft mit dem Argument begründet worden, dass sie der nationalen Sicherheit diene. Schließlich bestand eine Form destabilisierender Politik in Versuchen, in anderen Ländern finanzielle Panik hervorzurufen, und die Einschränkung der Mobilität von Kapital könnte vielleicht, so hieß es, größere Immunität gegen Spekulanten schaffen.

Besteht zwischen Kriegen und dem wiederholten Zusammenbruch von Globalisierung eine akzidentielle oder koinzidentielle Verknüpfung? Krieg unterminiert Globalisierung auf zweierlei Weise. Da sind zunächst – das ist offensichtlich und hat daher die größte Aufmerksamkeit gefunden – die im weitesten Sinne gefassten Folgekosten eines Krieges: die Finanzierung unproduktiver militärischer Geräte und Anlagen, die Unterbrechung des Handels, die Suspendierung von Migration und das Einfrieren – auf Grund von vorrangigen Sicherheitserwägungen – der Bewegung von Kapital. Zweitens aber schafft ein bewaffneter Konflikt, selbst wenn sein Ausmaß recht gering ist, neue Probleme, welche für internationale Uneinigkeit sorgen, die dann auch andere Bereiche der internationalen Kooperation berührt. Auf solche Weise stellt Krieg die Voraussetzungen der globalen Verteilung von wirtschaftlicher und politischer Macht in Frage.

Die Ansicht, dass Krieg kostspielig ist und den „normalen Kommerz“ zerrüttet, ist in der klassischen Literatur zur Wirtschaft fest verankert. Wie könnte es bei Autoren auch anders sein, die von den Kriegen der Amerikanischen und der Französischen Revolution geprägt waren? Adam Smith beispielsweise schließt den ersten Band seines Werks „The Wealth of Nations“ (1776) am Ende von Buch III mit der Überlegung, dass „die gewöhnlichen Umwälzungen von Krieg und Herrschaft nur allzu leicht die Quellen jenes Wohlstands austrocknen, der allein aus dem Kommerz entsteht“<sup>5</sup>.

Die meisten modernen Konflikte waren von inflationärer Kriegsfinanzierung begleitet, ihnen folgten Perioden einschneidender Deflation. Der sichtbarste Mechanismus, der nach Kriegen zu Deflation führt, besteht in der Wirkung höherer Staatsausgaben für Zinsen. Andererseits kann gesagt werden, dass in Kriegszeiten Kapital vernichtet wird oder sich erschöpft, weshalb für neues Kapital ein höherer Preis zu zahlen ist. Das Steigen der realen langfristigen Zinssätze verteuert im Frieden die Investitionen, lähmt also die Aktivität. Dieser Effekt wird noch verstärkt, wenn Regierungen – bei Preisen und Löhnen, die durch das hohe Niveau der Nachfrage während des Krieges in die Höhe getrieben und verfälscht sind – den Versuch machen, zu den Zinssätzen der Vorkriegszeit zurückzukehren.

<sup>5</sup> Edwin Cannan (Hrsg.), Adam Smith. *An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations*, Zwei Bände, hier Bd. I, Chicago 1976, S. 445.

Fast alle dramatischen historischen Episoden mit anhaltender Deflation entstanden nach Kriegen. Zu einer solchen Depression kam es nach dem Amerikanischen Unabhängigkeitskrieg, und sie verstärkte noch die Abneigung gegenüber dem Kommerz, die die Politik der jungen Republik ohnehin kennzeichnete. Nachdem der Wiener Kongress einen Schlusspunkt unter die Napoleonischen Kriege gesetzt hatte, erlebte Europa Dekaden mit Deflation, in denen industrielle Investitionen kostspielig und Bankrotte von Unternehmern häufig waren. Zu den Nachwehen der Bürger- oder Einigungskriege, die in den sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts in Italien, Deutschland und den Vereinigten Staaten stattfanden, gehörten überall zunächst Spekulationsfieber und nach dem jähen Ende des Fiebers Einbrüche der Börsenkurse, Bankrotte und die Reduzierung der Investitionen. Auch dem Ersten Weltkrieg folgte ein kurzer Rekonstruktionsboom und dann, 1920/21, in den größeren westlichen Wirtschaften ein Zusammenbruch; knapp zehn Jahre später kam die Große Depression.

Einige dieser klassischen Formen monetärer Instabilität, wie ein Krieg sie produziert, sind auch in den größeren internationalen Konflikten nach 1945 sehr deutlich zu erkennen. Korea und Vietnam verursachten inflationäre Wellen, die anfänglich die realen Zinssätze herabsetzten und dann erhöhten, was mit der Zu- und der Abnahme von Investitionen korrespondierte. Der 1991 geführte Golfkrieg passte nicht mehr in dieses Muster: sowohl Inflation wie Zinssätze gingen zurück. Dann folgte eine kurze Rezession, von der politische Analysten glauben, sie habe 1992 die Wiederwahl von Präsident George H. W. Bush vereitelt.

Eine Erklärung des Wandels in den Auswirkungen von Kriegen der jüngsten Zeit liegt klar vor Augen: Die Kosten, die jeder Krieg der größten Supermacht bescherte, sind seit der Mitte des 20. Jahrhunderts gesunken. In Dollars des Jahres 2002 kostete der Zweite Weltkrieg die Vereinigten Staaten 4700 Milliarden, Korea 400 Milliarden, Vietnam 572 Milliarden, der Golfkrieg von 1991 80 Milliarden und der Irak-Krieg von 2003 etwas über 20 Milliarden<sup>6</sup>. Folglich wäre es angemessen, eine Verringerung der rein fiskalischen Wirkungen von Kriegen zu erwarten, dementsprechend eine kleinere deflationäre Erbschaft.

Wenn wir nun – ganz naiv – das Problem von militärischen Konflikten unter dem Gesichtspunkt von Angebot und Nachfrage betrachten, so sollten fallende Kosten auf eine zunehmende Nachfrage, also auf eine größere Wahrscheinlichkeit zur gewaltsamen Änderung von Regimen hindeuten. Je geringer die Kosten und je niedriger die Verluste, des Militärs wie der Zivilbevölkerung, desto wahrscheinlicher werden Kriege. Adam Smith traf die gleiche Feststellung in Bezug auf einige Kriege des 18. Jahrhunderts. Die Verbindung neuer Technologien, die Kriege zwischen entwickelteren und rückständigen Ländern für das fortgeschrittenere Land weniger kostspielig machen, mit neuen Methoden zur Verteilung der finanziellen Last eines Krieges, nämlich durch den Verkauf von Schuldscheinen, lasse Kriege wahrscheinlicher werden. „In großen Imperien spüren die Menschen, die in der Hauptstadt und in den von den Schauplätzen der Handlung

<sup>6</sup> Die Zahlen aus „In Perspective: America's Conflicts“, in: New York Times vom 20. 4. 2003, S. B16.

weit entfernten Provinzen leben, jedenfalls viele von ihnen, kaum eine Unbequemlichkeit durch den Krieg, sondern genießen, in aller Behaglichkeit, das Vergnügen, in den Zeitungen über die Taten ihrer Flotten und Armeen zu lesen.“<sup>7</sup>

Zum gleichen Schluss kann man auf weniger zynische Weise gelangen. Während des Kalten Krieges und in der Zeit der Spannung zwischen den Supermächten sind Kriege durch die weitverbreitete Erkenntnis verhindert worden, dass die Kosten einer Eskalation zu hoch wären. Doch seit dem Ende des Kalten Krieges ist eine Zunahme internationaler und – beim Auseinanderbrechen von Staaten – drohender innerer Konflikte zu verzeichnen.

Einige Kommentatoren sind bereits zu der etwas voreiligen Folgerung gekommen, dass es falsch sei, einfach nur über die Kosten militärischer Konflikte nachzudenken, und dass insbesondere die steigenden Aufwendungen und die politischen Verlegenheiten, die sich nach dem Krieg im Irak ergaben, die Wiederholung eines solchen Konflikts ausschließen. Diese Argumentation ist trügerisch, weil sich ähnliche Situationen höchstwahrscheinlich wieder einstellen werden. Wir reagieren international empfindlich auf Menschenrechtsfragen und auf die Fähigkeit übler Regierungen, ganze Regionen zu destabilisieren. In beiden Fällen ist diese Sensibilität angemessen und, wie ich hinzufügen möchte, ehrenwert. Sie wird aber notwendigerweise zu militärischen Engagements in manchmal erwarteten und manchmal unerwarteten Schauplätzen führen. Allerdings ist es möglich, sich besser auf die Zeit danach vorzubereiten und der Beherrschung von Situationen, wie sie nach Konflikten auftreten, vorausschauend die erforderliche Aufmerksamkeit zu widmen; im Falle Irak machte das der rasche Ablauf des Geschehens unmöglich.

Kriege führen auch zu Fragen nach den Regeln, die bei der Gestaltung wirtschaftlicher Kooperation, sowohl auf internationalem wie auf nationalem Felde, essentiell sind. Alle Kriege, ob groß, ob klein, bringen neue Probleme und Spaltungen hervor, wobei Sicherheitsängste auf das Ökonomische übergreifen. Die Form, in der das am augenfälligsten geschieht, ergibt sich aus der finanziellen Hinterlassenschaft von Kriegen und aus den Debatten über Reparationen und Kriegsschulden. Solche Auseinandersetzungen haben die internationalen Wirtschaftsbeziehungen in den zwanziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts vergiftet (wie das Keynes in seiner Studie „The Economic Consequences of the Peace“ vorhergesagt hat). Sie kehren derzeit wieder in der heftigen Diskussion über die Frage, ob und wie die irakischen Vorkriegsschulden – und welche davon – erlassen werden können, um den Wiederaufbau des Irak zu unterstützen.

Eine traditionelle Denkschule zum Problem des Krieges – insbesondere zu den kleineren Kriegen der klassischen Globalisierungsperiode im späten 19. Jahrhundert – meint, Kriege hätten wirtschaftliche Ursprünge und würden – namentlich in Zeiten von Globalisierung – auf Grund des Dranges einzelner Staaten geführt, einen größeren Anteil an den globalen Ressourcen zu kontrollieren. Historiker und Sozialwissenschaftler kennen das als die von Hobson, Hilferding und Lenin

<sup>7</sup> Cannan (Hrsg.), Smith. Wealth of Nations, Bd. II, S. 455 f.



stammende Interpretation des Imperialismus<sup>8</sup>. Sie ist als Erklärung der Ursachen von Kriegen größtenteils irrig, aber sehr hilfreich, wenn man die politische Reaktion auf sie verstehen will. Dieses Paradox entsteht aus anderen Wirkungen von Globalisierung. Neue Möglichkeiten zur Schaffung neuen Wohlstands bringen radikale Veränderungen bei der Verteilung mit sich. Große und dem Anschein nach illegitime Vermögenszuwächse provozieren Ressentiments und populistische Reaktionen.

Es gibt eindeutige historische Präzedenzfälle zur gegenwärtigen weltweiten Welle der Ablehnung von Vorgängen, die nun als Imperialismus amerikanischen Stils gedeutet werden. Martin Luthers Brandrede gegen den Universalismus der Welt der Renaissance nahm auch die Form eines Protests gegen den „Luxus“ des Fern- und Außenhandels an: „Aber der außlendisch kauffshandel / der auß Kalikut und Indien und der geleychen wahr her bringt / als solch köstlich seyden und goldwerck und würc / die nur zurpracht und keynem nutz dienet / und land und leuten das gelt außsauget / solt nit zugelassen werden / wo wir ein regiment und fürsten heten.“<sup>9</sup> Das 18. Jahrhundert, in dem sowohl die französische wie die britische Ostindische Kompanie ihre Aktivitäten voll entfalteten und mit ihnen Kontinente umspannten, darf in fast jeder Hinsicht als eine Ära der Globalisierung gelten. Die Proteste, auf die sie dabei stießen, weil sie global agierten und bei Teilen ihrer Produktion den Arbeitskräften Niedriglöhne zahlten, haben einen sehr modernen Klang. Schon Adam Smith konnte zeigen, wie die Ostindische Kompanie in Bengalen die Einkommen reduzierte und weithin Hungersnöte verursachte<sup>10</sup>. Hier hatte man Unternehmen, die, ohne jemand Rechenschaft schuldig zu sein, Luxusgüter verteilten, welche man für überflüssig hielt und vielen christlichen Geistlichen als moralisch verderblich erschienen. Smith kam zu dem Schluss: „Solche exklusiven Kompanien [...] sind in jeder Hinsicht Ärgernisse; mehr oder weniger lästig den Ländern, in denen sie etabliert sind, und zerstörerisch in jenen, die das Unglück haben, unter ihre Herrschaft zu geraten.“<sup>11</sup> Die Geschichte der Vereinigten Staaten begann mit einer Revolte gegen Globalisierung, die sich gegen eine bestimmte Gesellschaft und nicht gegen die britische Monarchie richtete: Dass im Hafen von Boston Tee ins Wasser geworfen wurde, war nicht einfach ein Protest gegen Steuern, sondern gegen die Geschäftspraktiken der Ostindischen Kompanie.

<sup>8</sup> Die kanonischen Texte sind John A. Hobson, *Imperialism. A Study*, New York 1902; Rudolf Hilferding, *Das Finanzkapital*, Wien 1910; Wladimir I. Lenin, *Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus. Gemeinverständlicher Abriss* (1915), in: *Ausgewählte Werke*, Bd. I, Berlin 1955, S. 767–875. Analysen bei David Fieldhouse, *Imperialism: An Historical Revision*, in: *Economic History Review* 14 (1961), und Wolfgang J. Mommsen, *Imperialismustheorien. Ein Überblick über die neueren Imperialismusinterpretationen*, Göttingen 1977.

<sup>9</sup> Martin Luther, *Von Kauffshandlung und Wucher*, Wittemberg 1524 (Nachdruck: Frankfurt a. M. 1987).

<sup>10</sup> Siehe Emma Rothschild, *Economic Sentiments: Adam Smith, Condorcet and the Enlightenment*, Cambridge/Mass. 2001, S. 27, S. 32 u. S. 73.

<sup>11</sup> Cannan (Hrsg.), *Smith. The Wealth of Nations*, Bd. II, S. 158.

In England konzentrierte sich das Aufbegehren gegen die Ostindische Kompanie zunehmend auf etwas, das man damals „Exorbitanz“ nannte: die unangemessen hohe Bezahlung der leitenden Manager. Warren Hastings, der Generalgouverneur in Indien, musste sich schließlich einem öffentlichen Gerichtsverfahren des britischen Parlaments stellen. Im Jahre 1777 hatte sich sein Gehalt auf 10 000 Pfund belaufen, doch hatte er genau diesen Betrag nach Hause schicken können, und 1778 sandte er sogar 45 000 Pfund nach England.

Die gleichen Debatten wiederholten sich, verbunden mit Kritik am imperialistischen Krieg, im späten 19. Jahrhundert. Das Muster eines imperialistischen Krieges, das der britische Liberale Hobson und die seine Interpretation übernehmenden Marxisten im Auge hatten, war der keineswegs totale, sondern der relativ kurze Krieg, der für jene Ära der Globalisierung charakteristisch war. Der Spanisch-Amerikanische Krieg von 1898 brachte die Vereinigten Staaten in das internationale System. Es handelte sich, anders als bei den zuvor im 19. Jahrhundert ausgefochtenen längeren Kriegen, um einen höchst ungleichen Konflikt zwischen der größten und der am raschesten wachsenden Industrielandschaft der Erde und einer äußerst rückständigen europäischen imperialen Macht. 274 000 Soldaten boten die USA auf, die nur 379 Gefallene zu beklagen hatten. Bald danach folgte mit der britischen Unterwerfung der Buren eine weitere ungleiche Auseinandersetzung.

Beide Kriege waren Gegenstand heftigen innenpolitischen Streits und konnten als „land grabs“ interpretiert werden, als Griff nach knappen Ressourcen: Zucker in der Karibik und Diamanten (die Felder vom Kimberley) beziehungsweise Gold in Südafrika. Anfänglich riefen die Kriege einen Nationalismus hervor, der in den USA Theodore Roosevelt, dem Helden des Krieges von 1898, eine Welle der Popularität bescherte und in den britischen „Khaki-Wahlen“ von 1900 den Konservativen und Imperialisten einen hohen Stimmenanteil einbrachte. Dann kam der Rückschlag, und Kritiker machten darauf aufmerksam, dass es Zusammenhänge zwischen den Kriegen und der persönlichen Bereicherung einer kleinen Gruppe korrupter Geschäftsleute und Finanziers gebe. In Großbritannien brandmarkte Leo Chiozza Money die Korruption im Finanzwesen. Die Liberalen warfen der Regierung vehement Heuchelei vor, weil sie den Rassismus der Buren verurteile, gleichzeitig aber eine massive chinesische Einwanderung nach Südafrika fördere, um billige Arbeitskräfte für die Entwicklung des Lands zu gewinnen; sie erfochten 1906 einen triumphalen Wahlsieg. In den USA wiederum wandte sich die Stimmung gegen die Bonzen, die 1896 die Wahl von Präsident McKinley finanziert hatten. Auch Roosevelt begann „gewisse Übeltäter von großem Reichtum“ zu verurteilen, die einen großen Teil der Gewinne, die dem Handeln des Staates zu verdanken waren, an sich gerissen hätten. Populisten behaupteten sogar, Kriege und Unternehmensskandale gingen Hand in Hand.

Beide Kriege führten auch zu einer spürbaren Erhöhung der Spannungen in den internationalen Beziehungen. Der Burenkrieg gehörte zu den entscheidenden Momenten des Bruchs zwischen Großbritannien und Deutschland, denn der deutsche Kaiser trat öffentlich für die Buren ein. Die kleinen Konflikte bereiteten so die Bühne für größere und globalere Zusammenstöße vor, in denen es eben-

falls um die Verteilung von Beute ging und die das internationale Klima ruinierten. In solchen Augenblicken beginnen die Kontrahenten auch, sich eine spezifische Art und Weise, Geschäfte zu machen, zuzuschreiben, ganz anders, als es das „Globalisierungsparadigma“ von der einen Welt verlangt. Vor dem Ersten Weltkrieg beispielsweise entdeckten prominente Deutsche den heuchlerischen „Kommerzialisismus“ des britischen Hegemons. Sich selber sahen sie als die Träger einer heroischeren und edleren Art von Gesellschaft, in der „Helden“ statt „Händler“ bestimmend seien. Wer diese Unterscheidung traf, namentlich der Wirtschaftswissenschaftler Werner Sombart, argumentierte ferner, dass auch deutsche Geschäftsleute heroisch handelten, weil sie Geschäfte anders handhabten und kurzfristigen Profit langfristigen kollektiven und nationalen Interessen opferten.

Die politischen Spannungen unserer Tage gehen Hand in Hand mit einer Wiederbelebung der Diskussion kontrastierender Kapitalismusmodelle und mit einer Renaissance der Skepsis gegen das „angelsächsische Modell“. Diese neue Stimmung verbindet sich mit weit verbreiteten ökonomischen und politischen Unsicherheiten. Zum Teil ist die europäische Sensibilität das Produkt der Angst um die Zukunftsfähigkeit kleiner Betriebe in einer Ära des globalen Wettbewerbs. Andererseits machen sich Europäer naturgemäß Sorgen, weil der Sozialstaat leidet und weil die Alterung der Gesellschaft Kosten verursacht und die niedrigen Geburtenraten ebenfalls unerfreuliche Konsequenzen haben. Diese Debatten produzieren defensive Vorstellungen von einer Ordnung, die des Schutzes bedarf, und Bilder einer feindseligen Außenwelt und ihres Ethos. Enron ist zum Feldzeichen der Bewegung gegen Globalisierung geworden. Geschäftsleute in Europa, die als Anwälte eines Kapitalismus amerikanischen Stils oder von „shareholder value“ aufzutreten versuchten, wie etwa Thomas Middelhoff, Ron Sommer oder Jean-Marie Messier, wurden nun als unfähig oder korrupt an den Pranger gestellt (was sie, unnötig zu sagen, in vielen Fällen auch waren). Europäische Manager fanden sich vor Gericht, weil sie Kompensationen akzeptierten, die als exzessiv gelten.

Dass relativ kleine Konflikte der internationalen Verständigung schweren Schaden zufügen können, ist uns 2003 im Irak-Krieg wieder deutlich geworden. Aber die Gefahr, dass eskalierende Konflikte das Geflecht der Globalisierung zerrütten, hat historische Präzedenzfälle, die lange vor der Globalisierung des ausgehenden 19. Jahrhunderts liegen. Der erste Band von Edward Gibbons klassischer Studie „The Decline and Fall of the Roman Empire“ hat zufällig 1776 das Licht der Öffentlichkeit erblickt, in einem Jahr, in dem die amerikanische Unabhängigkeitserklärung unterzeichnet und Adam Smiths „Wealth of Nations“ publiziert wurde. Gibbons Worte und Smiths Sorgen über die zerstörerischen Effekte, die Kriege für Handel und Wandel haben, erscheinen heute als unmittelbar relevant und als recht erschreckend. Gibbon und Smith machen sich, nach der Demütigung des globalen britischen Wirtschaftssystems und militärischen Imperiums, Gedanken über die Probleme eines Vorgangs, den man als Umkehrung von Globalisierung bezeichnen könnte. Gibbon beginnt mit einem Preislied auf den friedlichen Charakter von Kaiser Augustus, auf römischen Realismus und Multilateralismus: „Ohnehin zum Frieden durch Temperament wie durch Stellung

geneigt, sah er unschwer ein, daß Rom in seiner gegenwärtigen Lage vom Wechselglück der Waffen viel weniger zu hoffen als zu fürchten habe, besonders da bei Führung entfernter Kriege das Unternehmen jeden Tag schwieriger, der Ausgang zweifelhafter, der Besitz unsicherer und minder wohlthätig werden mußte.“ Hier haben wir eine schöne Beschreibung der Vorzüge und Gefahren wirtschaftlicher Prosperität. So richtig aber Kaiser Augustus die Sinn- und Zwecklosigkeit von Kriegen in fernen Ländern auch erkannt hatte, in Wirklichkeit blieb ihm doch kaum eine Wahl. Die Kriege folgten unweigerlich aus den Strudeln der Instabilität, die sich um den Erfolg bilden, jedenfalls um den Erfolg imperialer Systeme. Rom mag sich im allgemeinen Wohlstand gesonnt haben, es wurde gleichwohl in eine Welt voller Konflikte gezogen und von ihr schließlich zerstört. Gibbon gab im Übrigen auch eine hübsche Schilderung der nordeuropäischen Reaktion auf die römische Macht: „Die sumpfigen Wälder Deutschlands waren von einem Volke kühner Barbaren bewohnt, welche ein Leben ohne Freiheit verachteten, und wenn sie auch beim ersten Angriff der Wucht der römischen Macht zu weichen schienen, errangen sie doch bald durch eine verzweifelte Heldenthat ihre Unabhängigkeit wieder und mahnten Augustus an die Unbeständigkeit des Glückes.“<sup>12</sup> Der „Globalisierungs-Gedanke“ verwandelte sich in das Bild eines Imperialismus, der zurückgewiesen und bekämpft werden müsse.

Viele Anzeichen deuten darauf hin, dass wir am Beginn einer neuen Ära stehen, in der die Globalisierungs-Idee einmal mehr zurückgeworfen wird: In der neuen Welt erhalten Differenzen nach und nach mehr Gewicht. Führende Unternehmer besinnen sich auf die Art und Weise, in der sie „traditionell“ Geschäfte betrieben haben. Viele Menschen sehen von außen mehr Risiken als Chancen auf sich zukommen; Bürger entdecken Korruption. Staaten sind bereit, Handels- und Währungskriege zu führen und sich äußerer Intervention in ihr Wirtschaftssystem zu widersetzen. Politische Führer beschäftigen sich mit der Neukonstruktion des kommerziellen und monetären Systems, um die Verteilung politischer und wirtschaftlicher Macht zu ändern. In dieser Welt haben Konflikte die Tendenz zu eskalieren. Ihre Bewohner denken an Mars, nicht an Merkur.

<sup>12</sup> Edward Gibbon, *The Decline and Fall of the Roman Empire*, New York o.D., S. 1 f.